

Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für Sexualwissenschaften (ÖGS):

Sexuelle Bildung verteidigen – gegen Rückschritt und Diskriminierung

Die Österreichische Gesellschaft für Sexualwissenschaften (ÖGS) verurteilt die zunehmenden Angriffe auf die Sexuelle Bildung und Sexualpädagogik aufs Schärfste. Wissenschaftlich fundierte, diskriminierungsfreie sexuelle Bildung ist kein Luxus, sondern eine essenzielle Grundlage für eine aufgeklärte, selbstbestimmte und gerechte Gesellschaft.¹ Sie darf nicht durch ideologische oder politische Agenden eingeschränkt werden.

Sexualpädagogik muss als fester Bestandteil des Bildungs- und Gesundheitssystems in allen schulischen und außerschulischen Einrichtungen verankert werden. Es geht dabei nicht nur um die Vermittlung von Wissen über Fortpflanzung und Prävention von Krankheiten, sondern um eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit Sexualität, Identität, Beziehung und Körperlichkeit – für Menschen jeden Alters. Die Einschränkung oder Verhinderung dieser Bildung ist nicht nur unverantwortlich, sondern gefährdet aktiv die Gesundheit und Selbstbestimmung zukünftiger Generationen.

Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung

Sexuelle Bildung unterstützt Menschen dabei, ihre eigene Identität zu verstehen, gesunde Beziehungen zu führen und ein selbstbestimmtes Verhältnis zu ihrem Körper und ihrer Sexualität zu entwickeln. Sie ermöglicht es, eigene Wünsche und Grenzen zu erkennen, diese zu kommunizieren und respektvolle Beziehungen zu gestalten. Das trägt maßgeblich zur psychischen und körperlichen Gesundheit bei.^{1,2}

Sexualität ist ein lebenslanger Bestandteil der menschlichen Erfahrung. Darum braucht es altersgerechte, entwicklungsentsprechende Bildungsangebote – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Nur so kann gewährleistet werden, dass Menschen fundierte, informierte Entscheidungen über ihr sexuelles und reproduktives Leben treffen können.

Aktuelle Ergebnisse des Gender-Gesundheitsberichts Österreich 2024 zeigen klar: Jugendliche fordern mehr und bessere sexuelle Bildung. Themen wie Vielfalt, Konsens, Körperwissen und Schutz vor Gewalt werden aus ihrer Sicht unzureichend behandelt.³ Die Politik ist gefordert, diesem Bedarf gerecht zu werden und umfassende, diskriminierungsfreie Sexualpädagogik endlich flächendeckend zu garantieren.

Kinderschutz und Schutz vor sexualisierter Gewalt

Wer sexuelle Bildung einschränkt, gefährdet Kinder und Jugendliche. Eine fundierte Sexualpädagogik ist eines der wirksamsten Mittel zur Prävention sexualisierter Gewalt. Kinder, die früh lernen, ihren eigenen Körper und ihre Grenzen zu verstehen und eine Sprache dafür zu haben, sind weniger anfällig für Übergriffe. Sie entwickeln ein Bewusstsein für ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung und können sich eher gegen unerwünschte Annäherungen zur Wehr setzen.^{1,4,5}

Darüber hinaus fördert sexuelle Bildung ein kritisches Verständnis von Machtverhältnissen, Konsens und Abhängigkeiten. Sie vermittelt Wissen über rechtliche Grundlagen und Unterstützungsangebote – insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen^{2,3}. Wer sexuelle Bildung verhindern will, stellt sich damit gegen effektiven Kinderschutz.

Gleichberechtigung, Vielfalt und Schutz vor Diskriminierung

Sexuelle Bildung ist ein zentraler Ansatzpunkt für Geschlechtergerechtigkeit⁵ und gesellschaftliche Vielfalt. Sie ermöglicht es, stereotype Rollenbilder zu hinterfragen, sensibilisiert für Diskriminierung und fördert die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen⁵.

Gerade in einer Zeit, in der rechtskonservative Kräfte verstärkt versuchen, traditionelle Geschlechterrollen zu zementieren und queere Identitäten unsichtbar zu machen, braucht es eine starke, emanzipatorische Sexualpädagogik. LGBTIQ+ Personen sind weiterhin von struktureller Diskriminierung und Gewalt betroffen – auch in Österreich⁶. Eine inklusive, diversitätsbewusste Sexualpädagogik stärkt junge LGBTIQ+ Personen in ihrer Identitätsentwicklung, schützt sie vor Stigmatisierung und Ausgrenzung und trägt in der Gesamtgesellschaft dazu bei, Vorurteile abzubauen und Empathie für unterschiedliche Lebensrealitäten zu entwickeln.

Sexuelle Bildung als Menschenrecht – ein Appell an die Politik

Sexuelle und reproduktive Rechte (SRHR) sind international als fundamentale Menschenrechte anerkannt.⁷ Die *Standards für Sexuaufklärung in Europa* der WHO/BzGA betonen, dass sexuelle Bildung eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist¹ – sie in Frage zu stellen, gefährdet die Förderung von Gleichberechtigung, Gesundheit und Schutz vor Gewalt.

Auch in Österreich existiert mit dem *Grundsatzerslass Sexualpädagogik* (2017)⁸ ein klarer Rahmen für schulische Sexualbildung. Doch in der Praxis wird dieser unzureichend umgesetzt.³ Politische Entscheidungsträger*innen sind gefordert, endlich Verantwortung zu übernehmen: Sexuelle Bildung muss als verbindliches und flächendeckendes Bildungsangebot sichergestellt werden – durch verpflichtende Verankerung in Lehrplänen, die Qualifizierung von Fachkräften und ausreichende finanzielle Mittel für Bildungs- und Beratungseinrichtungen.

Sexuelle Bildung verteidigen – gegen Rückschritt und Ideologie

Die ÖGS warnt nachdrücklich vor den Konsequenzen einer ideologisch motivierten Einschränkung der Sexuellen Bildung. Ein Verbot oder die Verwässerung sexualpädagogischer Inhalte bedeutet nicht Neutralität – es bedeutet Unterdrückung und Desinformation. Es sind vor allem Kinder, Jugendliche, Frauen und LGBTIQ+ Personen, die den Preis für solche Maßnahmen zahlen.

Die ÖGS fordert daher die politische Verankerung einer inklusiven, lebenslangen Sexuellen Bildung in Österreich. Dies erfordert eine konsequente Implementierung in Lehrpläne, die Qualifizierung von Fachkräften und die Bereitstellung von Ressourcen für Bildungs- und Beratungseinrichtungen. Politische Entscheidungsträger*innen müssen Verantwortung übernehmen und sicherstellen, dass eine evidenzbasierte, diskriminierungsfreie Sexuelle Bildung nicht nur erhalten, sondern ausgebaut wird.

Sexuelle Bildung ist keine Option, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Sie schützt, stärkt und befähigt. Wer sie angreift, gefährdet grundlegende Menschenrechte und riskiert die Gesundheit und Selbstbestimmung künftiger Generationen.

Wir fordern die Politik auf, sich klar für eine umfassende, wissenschaftlich fundierte und diskriminierungsfreie Sexuelle Bildung zu positionieren – für eine gerechte, aufgeklärte und zukunftsfähige Gesellschaft.

¹ WHO Regionalbüro für Europa & Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). (2011). *Standards für Sexualaufklärung in Europa: Ein Rahmenkonzept für politische Entscheidungsträger, Fachkräfte im Bildungs- und Gesundheitswesen und andere Beteiligte im Bereich der Sexualerziehung*. Köln: BZgA.

² UNESCO. (2009). *International technical guidance on sexuality education: An evidence-informed approach for schools, teachers and health educators*. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000183281>

³ Gesundheit Österreich GmbH (GÖG). (2024). *Gender-Gesundheitsbericht 2024: Schwerpunkt sexuelle und reproduktive Gesundheit*. Im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

⁴ Fegert, J. M., & Liebhardt, H. (2012). *Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen: Ein aktueller Überblick für die Kinder- und Jugendhilfe*. Kohlhammer. S 12

⁵ Generaldirektion Interne Politiken des Europäischen Parlaments. (2022). *Comprehensive sexuality education: Why is it important?* Studie im Auftrag des Ausschusses für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM). S.17-20 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/719998/IPOL_STU\(2022\)719998_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/719998/IPOL_STU(2022)719998_EN.pdf)

⁶ Gaiswinkler, S., Pfabigan, J., Pentz, R., Teufel, L., & Winkler, R. (2023). *LGBTIQ+-Gesundheitsbericht 2022*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

⁷ United Nations Population Fund (UNFPA). (2014). *Programme of Action adopted at the International Conference on Population and Development, Cairo, 5–13 September 1994*. New York: UNFPA.

⁸ Bundesministerium für Bildung. (2015). *Grundsatzlerlass Sexualpädagogik (Rundschreiben Nr. 11/2015)*. https://pubshop.bmbwf.gv.at/index.php?rex_media_file=639_sepaed_grundsatzlerlass.pdf&rex_media_type=pubshop_download